

b) Der Artikel wird durch eine Nr. 19 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“19. über Beschwerden gegen Beschlüsse, die in Anwendung von Artikel 1bis des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer durch die in Anwendung von Artikel 172 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 eingesetzte Künstlerkommission gefasst werden.”

Art. 26 - Vorliegendes Kapitel tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf einer zehntägigen Frist, die am Tag nach der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* beginnt, in Kraft.

(...)

TITEL 4 — Entschädigungen

EINZIGES KAPITEL — *Abänderung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Art. 56 - Artikel 80 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. April 2014, dessen heutiger Text § 1 bilden wird, wird durch einen Paragraphen 2 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“§ 2 - Der Geschäftsführende Ausschuss des Dienstes für Entschädigungen kann Abkommen schließen im Hinblick auf Studien, Untersuchungen oder die Entwicklung von Ausbildungen zur Verbesserung der Kenntnisse in Sachen Arbeitsunfähigkeit, der medizinischen Evaluation und der Umschulung. Die damit verbundenen Ausgaben gehen zu Lasten des Haushalts der Entschädigungsversicherung.”

Art. 57 - *[Abänderung des französischen Textes]*

Art. 58 - Artikel 101 § 2 Absatz 1 desselben koordinierten Gesetzes wird durch folgenden Satz ergänzt:

“Wenn der Berechtigte jedoch am Sonntag eine nicht erlaubte Arbeit verrichtet hat, wird jedes Mal die Entschädigung zurückgefordert, die für den ersten vorhergehenden Entschädigungstag gewährt worden ist, an dem der Berechtigte keine Arbeit ausgeübt hat.”

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 20. Juli 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Beschäftigung, der Wirtschaft und der Verbraucher
K. PEETERS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
Frau M. DE BLOCK

Der Minister des Mittelstands, der Selbständigen und der KMB
W. BORSUS

Mit dem Staatssiegel versehen:
Der Minister der Justiz
K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2016/00412]

10 AUGUSTUS 2015. — Programmawet
Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1 tot 3, 21, 22 en 101 van de programmawet van 10 augustus 2015 (*Belgisch Staatsblad* van 18 augustus 2015).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2016/00412]

10 AOÛT 2015. — Loi-programme
Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1^{er} à 3, 21, 22 et 101 de la loi-programme du 10 août 2015 (*Moniteur belge* du 18 août 2015).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2016/00412]

10. AUGUST 2015 — Programmgesetz — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1 bis 3, 21, 22 und 101 des Programmgesetzes vom 10. August 2015.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

10. AUGUST 2015 — Programmgesetz

PHILIPPE, König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammer hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

TITEL 1 — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

TITEL 2 — Soziale Angelegenheiten

KAPITEL 1 — *Abänderungen des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes
über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung*

Abschnitt 1 — Haushaltsziel

Art. 2 - In Artikel 40 § 1 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2014, wird Absatz 4 wie folgt ersetzt:

„Für das Jahr 2015 wird das jährliche Globalhaushaltsziel auf 23.851.797.000 EUR festgelegt. Ab dem Jahr 2016 entspricht der Betrag des jährlichen Globalhaushaltsziels dem Betrag des jährlichen Globalhaushaltsziels des Vorjahres, erhöht um eine reelle Wachstumsnorm von 1,5 Prozent sowie um den Betrag, der den Mehrkosten im Haushaltsjahr für die Indexierung der Löhne, der Beteiligungen der Versicherung, der Tarife und der Preise entspricht, wie durch oder aufgrund des vorliegenden koordinierten Gesetzes vorgesehen. Für das Jahr 2016 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles des Vorjahres außerdem zunächst um die Auswirkung der Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur und die medizinisch-technischen Dienste der Krankenhäuser verringert, wie in Artikel 5 § 1 römisch I Absatz 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen bestimmt. Für das Jahr 2016 wird der Betrag des jährlichen Globalhaushaltszieles zusätzlich um 14.456.000 EUR erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung ist integraler Bestandteil des jährlichen Globalhaushaltszieles für das Jahr 2016.“

Abschnitt 2 — Verwaltungskosten der Versicherungsträger

Art. 3 - In Artikel 195 § 1 Nr. 2 Absatz 3 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 26. Dezember 2013, werden der erste und der zweite Satz wie folgt ersetzt:

„Der Betrag der Verwaltungskosten der fünf Landesverbände wird für 2003 auf 766.483.000 EUR, für 2004 auf 802.661.000 EUR, für 2005 auf 832.359.000 EUR, für 2006 auf 863.156.000 EUR, für 2007 auf 895.524.000 EUR, für 2008 auf 929.160.000 EUR, für 2009 auf 972.546.000 EUR, für 2010 auf 1.012.057.000 EUR, für 2011 auf 1.034.651.000 EUR, für 2012 auf 1.029.840.000 EUR, für 2013 auf 1.027.545.000 EUR, für 2014 auf 1.052.317.000 EUR und für 2015 auf 1.070.012.000 EUR festgelegt. Für die Kasse für Gesundheitspflege der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen wird dieser Betrag für 2003 auf 13.195.000 EUR, für 2004 auf 13.818.000 EUR, für 2005 auf 14.329.000 EUR, für 2006 auf 14.859.000 EUR, für 2007 auf 15.416.000 EUR, für 2008 auf 15.995.000 EUR, für 2009 auf 16.690.000 EUR, für 2010 auf 17.368.000 EUR, für 2011 auf 17.770.000 EUR, für 2012 auf 17.687.000 EUR, für 2013 auf 17.648.000 EUR, für 2014 auf 18.073.000 EUR und für 2015 auf 18.377.000 EUR festgelegt.“

(...)

KAPITEL 2 — *Bekämpfung des Sozialbetrugs*

(...)

Abschnitt 5 — Aussetzung der Entschädigungen für Inhaftierte - Abänderung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung

Art. 21 - Artikel 105 des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 5. November 2002, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 105 - Der König bestimmt, unter welchen Bedingungen die Gewährung von Entschädigungen für den Zeitraum einer Haftstrafe oder Inhaftierung ausgesetzt wird. Er bestimmt ebenfalls die Modalitäten, gemäß denen die für die Anwendung dieser Maßnahme erforderlichen Daten dem Versicherungsträger übermittelt werden.

Der König bestimmt ebenfalls, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang Entschädigungen bewilligt werden, wenn gegen den Berechtigten, der im Sinne von Artikel 93 Absatz 7 keine Person zu Lasten hat, eine andere Freiheitsentziehungsmaßnahme als eine Untersuchungshaft oder Inhaftierung läuft.“

Art. 22 - Artikel 21 wird wirksam mit 1. Juli 2015.

(...)

TITEL 5 — Mobilität

EINZIGES KAPITEL — *Öffentliche Unternehmen - Beitrag in Bezug auf die Familienbeihilfen*

Art. 101 - Die Absätze 2 bis 5 von Artikel 124 des Programmgesetzes vom 19. Dezember 2014 werden wie folgt ersetzt:

„Für das Jahr 2015 wird dieser Betrag für jedes Unternehmen wie folgt festgelegt:

1. für BPost: ein Betrag in Höhe von 13.609.000 EUR,
2. für Belgacom: ein Betrag in Höhe von 4.134.000 EUR,

3. für Belgocontrol: ein Betrag in Höhe von 273.000 EUR,

4. für HR RAIL: ein Betrag in Höhe von 57.439.000 EUR.

Für das Jahr 2016 und die folgenden Jahre entspricht der von jedem Unternehmen zu zahlende Betrag dem in Absatz 2 vermerkten Betrag, der indexiert und proportional zur Entwicklung der Anzahl statutarischer Arbeitnehmer jedes betroffenen Unternehmens angepasst wird.

Die Indexierung wird entsprechend der Entwicklung des Indexes berechnet, der auf die Löhne im öffentlichen Dienst vom Dezember des Jahres vor dem betreffenden Jahr anwendbar ist, verglichen mit dem Referenzindex von Dezember 2014.

Der Personalbestand, der berücksichtigt wird, ist der Personalbestand der statutarischen Bediensteten am 31. Dezember des Jahres vor dem betreffenden Jahr, verglichen mit dem Referenz-Personalbestand vom 31. Dezember 2014. Der Personalbestand wird in Vollzeitgleichwerten ausgedrückt und dem Föderalen Öffentlichen Dienst Mobilität und Transportwesen von den betreffenden Unternehmen jährlich spätestens für den 31. März mitgeteilt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Poitiers, den 10. August 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Ch. MICHEL

Der Minister der Beschäftigung und der Wirtschaft

K. PEETERS

Für den Minister des Fernmeldewesens und der Post, abwesend:

Die Ministerin der Mobilität, beauftragt mit Belgocontrol
und der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen

Frau J. GALANT

Für die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit, abwesend:

Die Ministerin der Mobilität, beauftragt mit Belgocontrol
und der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen

Frau J. GALANT

Der Minister der Finanzen

J. VAN OVERTVELDT

Für den Minister des Mittelstands, der Selbständigen und der KMB, abwesend:

Die Ministerin der Mobilität, beauftragt mit Belgocontrol
und der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen

Frau J. GALANT

Der Staatssekretär für die Bekämpfung des Sozialbetrugs und den Schutz des Privatlebens

B. TOMMELEIN

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2016/09333]

16 JUNI 2016. — Wet tot wijziging van de wet van 31 januari 2009 betreffende de continuïteit van de ondernemingen, wat het hoger beroep in het kader van een gerechtelijke reorganisatie door een collectief akkoord betreft

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

De Kamer heeft aangenomen en Wij bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Deze wet regelt een aangelegenheid als bedoeld in artikel 74 van de Grondwet.

Art. 2. In artikel 56, tweede lid, van de wet van 31 januari 2009 betreffende de continuïteit van de ondernemingen, gewijzigd bij wet van 27 mei 2013, worden de woorden “enkel gericht tegen de schuldenaar, als de homologatie is toegekend, of gericht tegen de partijen die tijdens de procedure in het geding bij verzoekschrift zijn tussengekomen, als de homologatie is verworpen” vervangen door de woorden “gericht tegen alle overige partijen die tijdens de procedure in het geding bij verzoekschrift zijn tussengekomen alsook tegen de schuldenaar wanneer het hoger beroep uitgaat van een schuldeiser”.

SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2016/09333]

16 JUIJN 2016. — Loi modifiant la loi du 31 janvier 2009 relative à la continuité des entreprises en ce qui concerne l'appel dans le cadre d'une réorganisation judiciaire par accord collectif

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

La Chambre a adopté et Nous sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. La présente loi règle une matière visée à l'article 74 de la Constitution.

Art. 2. Dans l'article 56, alinéa 2, de la loi du 31 janvier 2009 relative à la continuité des entreprises, modifié par la loi du 27 mai 2013, les mots “dirigé contre le débiteur seul, en cas d'homologation, ou contre les parties qui sont intervenues au cours de la procédure de réorganisation par voie de requête, en cas de rejet de l'homologation” sont remplacés par les mots “dirigé contre toutes les autres parties qui sont intervenues au cours de la procédure de réorganisation par voie de requête ainsi que contre le débiteur lorsque l'appel émane d'un créancier”.